

#1924: Motion der erweiterten Justizprüfungskommission betreffend Schaffung gesetzlicher Grundlagen für die Einführung eines einheitlichen und umfassenden Absenzenmanagements durch das Personalamt

Details

Geschäftsart	Motion
Grad	
Publikation	alle
Eingereicht am	02.07.2009
Eingereicht von	Justizprüfungskommission erweitert
Abgeschlossen am	31.10.2013
Status	abgeschlossen
Zuständig	Finanzdirektion
Verfahrensstand	31.10.2013: Erledigterklärung
Frist	30.06.2013

Geschäftsverlauf

Erledigterklärung 31.10.2013
Erheblicherklärung 01.07.2010
Traktandiert 16.03.2010

Traktandiert für 1. Juli 2010

Geschäft-Nr.	ID	Laufnummer	Titel	Versanddatum
1924	1	13371	Bericht und Antrag des Regierungsrats	01.04.2014

Überweisung an Regierungsrat 02.07.2009 Einreichung 02.07.2009

Einreichung von Kommissionsmotionen bzw. -postulaten der erweiterten JPK: Schaffung gesetzlicher Grundlagen für die Einführung eines einheitlichen und umfassenden Absenzenmanagements durch das Personalamt: Motion (Motion CVP-Fraktion: Auftrag an die Justizprüfungskommission zur vertieften Untersuchung der Vorkommnisse im Amt für Straf- und Massnahmenvollzug (1683): KR: Kenntnisnahme des Untersuchungsberichtes.)

Datenmigration 01.01.2000

Referenzen

- 2194 Änderung des Gesetzes über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (Personalgesetz)
- 1925 Motion der erweiterten Justizprüfungskommission betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für den Anspruch auf "Wistleblowing" in der kantonalen Verwaltung
- 1923 Motion erw. JPK. Erarbeitung gesetzlicher Grundlagen, damit der Generalsekretär den aktuellen Stand sämtlicher wichtiger Geschäfte kennt und verpflichtet ist, bei Ausfall des Direktionsvorstehers dem stv. RR-Mitglied die nötigen Infos weiterzugeben
- 1922 Postulat der erweiterten Justizprüfungskommission betreffend Abklärung des Gefährdungspotenzials, insbesondere Begünstigungspotenzial, bei Verwaltungshandlungen innerhalb der gesamten kantonalen Verwaltung und bei Bedarf Treffen von Massnahmen
- 1683 Motion der CVP-Fraktion betreffend Auftrag an die Justizprüfungskommission zur vertieften Untersuchung der Vorkommnisse im Amt für Straf- und Massnahmenvollzug